

Rheinische und Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigungen
Jahreshauptversammlung
Düsseldorf, 18. November 2010

**Das Gymnasium am Klasse 5 - unverzichtbar für den
Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland**

Es gilt das gesprochene Wort.

*„Wer sich gerade grün und blau ärgert,
kann wenigstens behaupten, dass er versucht,
Farbe in sein Leben zu bringen ...“*

ERNST FERSTEL (österr. Lehrer und Dichter)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme aus dem Saarland, das derzeit von einer Koalition aus CDU, FDP und Grünen, gemeinhin als „Jamaika-Koalition“ bezeichnet, regiert wird - das sagt ja eigentlich schon alles.

Ziel dieser Regierung - wohlbemerkt mit der CDU als stärkster Partei - war laut Koalitionsvertrag ein längeres gemeinsames Lernen durch Verlängerung der Grundschulzeit auf 5 Jahre. Dieses Vorhaben ist inzwischen gescheitert. Die Direktorenvereinigung im Saarland hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Das soll Sie ermutigen.

Derzeit plant „Jamaika“ im Saarland die Einführung einer Gemeinschaftsschule, in der die beiden - in der saarländischen Verfassung festgeschriebenen - Schulformen Erweiterte Realschule, in der bereits seit 13 Jahren Hauptschule und Realschule vereinigt sind, sowie Gesamtschule aufgehen sollen. Eine Verfassungsänderung und damit auch die Zustimmung der Opposition von SPD bzw. LINKE sind erforderlich. Das vorgelegte Konzept für die Gemeinschaftsschule entspricht dem einer Gesamtschule - Niedersachsen lässt grüßen.

Uns muss es nicht nur im Saarland klar sein: **Die Einführung der Gemeinschaftsschule soll nur der erste Schritt zur „Einheitsschule“ bis Klasse 9 sein, dem eigentlichen bildungspolitischen Ziel der Grünen in ganz Deutschland. Mit der Einheitsschule verbunden sind der „Einheitslehrer“ und die „Einheitsbesoldung“.**

Dabei kann man heute feststellen: **Keine Schulform hat sich so weiterentwickelt wie das Gymnasium.**

Das Gymnasium von heute verbindet Zukunft mit Tradition

Das Gymnasium von heute ...

- hat als Bildungsauftrag die Vermittlung, Reflexion und Weiterentwicklung eines Wertesystems auf der Basis von Traditionen und Wegweisungen in die Zukunft
- bietet ein breites Fächerspektrum zum Wecken von Verständnis für naturwissenschaftliche, politische, wirtschaftliche und geistesgeschichtliche Zusammenhänge; es erleichtert dadurch seinen Absolventen Orientierung und Behauptung in der modernen Arbeits- und Lebenswelt, die hohe Flexibilität und umfassende Kompetenzen erfordert
- legt viel Wert auf das fachliche Niveau des Unterrichts
- befähigt seine Absolventen, auf der Basis einer gemeinsam erfahrenen und gelebten kulturellen Prägung langfristig und zukunftsorientiert besondere Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen
- schafft von Anfang an eine gymnasial-spezifische Form von intellektueller Einstellung und Leistungsbereitschaft sowie ein Lernklima, das den Begabungen und Lernhaltungen der Schülerinnen und Schüler entspricht
- ist sehr erfolgreich, was die Ergebnisse in den internationalen Leistungsvergleichen zeigen
- realisiert Leistungsanforderungen ohne Absenkung des Niveaus
- bietet einen effizienten Umgang mit der schulischen Lernzeit
- vollbringt eine erhebliche gesellschaftliche Integrationsleistung
- ist eine Schulform, die moderne pädagogische Konzepte vertritt
- reduziert Bildung nicht auf ihre Nützlichkeit im Hinblick auf eine „Zulieferfunktion“ für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch Beschränkung auf „beruflich-praktische“ Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten
- ist eine Schulform, in der das Schulklima und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler meist positiv beurteilt werden
- bietet dem Bedarf entsprechende Ganztagsangebote
- hat eine heterogene Schülerschaft
- nimmt die Aufgabe der Migrantenförderung ernst
- fördert Schülerinnen und Schüler sowohl bei Leistungsdefiziten als auch bei besonderer Leistungsfähigkeit
- weist einen deutlichen Rückgang der Wiederholer- und Abgangsquoten auf
- ist eine Schule für lernstarke Kinder aller gesellschaftlichen Schichten
- leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit
- bekennt sich zur notwendigen breiten Eliteförderung in Deutschland

Das Gymnasium ab Klasse 5 ist beliebt und erfolgreich

Das Gymnasium ab Klasse 5 ist nicht nur die bei Weitem beliebteste Schulform, es ist auch die erfolgreichste. Alle nationalen und internationalen Studien der vergangenen Jahre zeigen seinen überwältigenden Erfolg. Und deswegen wird jede Schulreform, die das Gymnasium zerschlagen will, zu Recht scheitern.

Die BDK stellt ausdrücklich fest: Nach den nunmehr vorliegenden Erfahrungen bewährt sich das achtjährige Gymnasium (G 8) ab Klasse 5 in einer wachsenden Anzahl von Bundesländern. G 8 wird nicht mehr in Frage gestellt. Eine weitere Verkürzung der gymnasialen Schulzeit wird die Ziele der gymnasialen Bildung dramatisch gefährden.

Die BDK tritt gleichzeitig entschieden ein für gerechte Bildungschancen überall im Lande. Es ist ein entscheidendes Merkmal des demokratischen Bildungswesens, allen leistungsfähigen und leistungsbereiten Schülerinnen und Schülern unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund Chancen zu eröffnen. Begabte junge Menschen müssen sich entfalten können. In diesem Sinne ist das Gymnasium auch die Schule des sozialen Aufstiegs, in der eben nicht Herkunft, sondern vorrangig Begabung und Leistung über den Bildungserfolg entscheiden.

Viele individuelle Lebenswege bestätigen: **Eliteförderung ist soziale Gerechtigkeit.**

Und ich sage ganz deutlich: **Auch anspruchsvolle Bildung braucht Zeit - bei gemeinsamem Lernen im Klassenverband.**

Unverzichtbar in Deutschland: Das achtjährige Gymnasium ab Klasse 5

Bildung lässt sich nicht umverteilen, sie muss - gelegentlich durchaus hart - erarbeitet werden. Die Verwirklichung des Traums von einer egalitären Gesellschaft lässt sich durch keine Schulform erzwingen, selbst wenn man den Leistungsgedanken dafür opfert. Es sind die Eltern und das private Umfeld, die den Schulerfolg von Kindern maßgeblich vorprägen. Verantwortungsvolle Bildungspolitik muss daher eher bei den Elternhäusern und bei der frühkindlichen Bildung ansetzen. Ständiges Herumschrauben am Schulsystem ist sinnlos und raubt allen Betroffenen die Kraft, auf die erfolgreiche Bildungsarbeit angewiesen ist. Wesentlich bleibt, dass Lehrkräfte genügend Zeit haben müssen, sich um einzelne Schüler zu kümmern.

Die KMK hat festgestellt: Das Milieu des Gymnasiums ist lernförderlich und die Lehrerbildung hat einen hohen Stellenwert! Eine aufwendige Untersuchung der Hamburger Schulen zeigt, dass schwächere Schüler, die aufs Gymnasium gelangten, dort bessere Leistungen erbrachten als vergleichbare Schüler an der Gesamtschule.

Es ist falsch zu behaupten, nur der gemeinsame Schulbesuch über die Klasse 4 hinaus garantiere Chancengerechtigkeit im Bildungsgang. Wer glaubt, Schulen könnten die Gesellschaft gerechter machen, der irrt.

Die Wissenschaft ist sich inzwischen einig darin, dass die entscheidenden Voraussetzungen für den Schulerfolg schon in der frühen Kindheit liegen. Familien aus sogenannten bildungsfernen Schichten dabei zu helfen, ihren Nachwuchs von Geburt an zu fördern - das ist die zentrale Aufgabe einer klugen Bildungs- und Sozialpolitik. Die Hoffnung, dass mit längerem gemeinsamem Lernen die soziale Gerechtigkeit und die Entwicklungschancen nachhaltig verbessert werden können, hat sich als (bedauerlicher) Irrtum herausgestellt.

Es gibt keine empirischen Studien, die belegen, dass eine längere gemeinsame Grundschulzeit zu besseren Ergebnissen führte. Diese Erkenntnisse werden bewusst ignoriert und wider besseres Wissen wird immer wieder der Gerechtigkeitsmythos einer längeren gemeinsamen Lernzeit propagiert.

Unsere Erfahrungen aus allen Bundesländern bestätigen in aller Deutlichkeit die Ergebnisse vieler wissenschaftlicher Studien. So lauten die Erkenntnisse des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung:

- *Frühe Differenzierung fördert leistungsstarke Schüler.*
- *Mit dem günstigeren Lernklima am Gymnasium gehen offenbar nicht nur bessere Schulleistungsentwicklungen einher, sondern auch eine besondere Ausschöpfung kognitiver Begabungsreserven.*
- *Die nationalen und internationalen Schulleistungstudien der letzten Jahre haben gezeigt, dass Schüler an integrierten Gesamtschulen im Vergleich zu Schülern im dreigliedrigen Schulsystem keine Vorteile erreichen.*

Die Erfahrungen in Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Bremen haben gezeigt, dass die längere gemeinsame Lernzeit zu Niveauverlust und Unterforderung der Leistungsfähigen und damit zu hoher Frustration bei diesen Kindern führt. Diese Bundesländer beginnen das Gymnasium wieder mit der Klasse 5.

Durch gemeinsames längeres Lernen gelingt es nachweislich nicht, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schullaufbahn aufzuheben oder nachhaltig zu reduzieren.

Prof. Dr. Helmut Fend (Bildungsforscher, Universität Zürich):

„Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich mich verbunden fühle.“

Quelle: ZEIT, 1. April 2008, „Schwerer Weg nach oben“

Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender):

„Offenbar war es nur ein frommer Wunsch, Schüler mit derart großen Leistungsunterschieden gemeinsam zu unterrichten“, räumte Gabriel ein. Die OS [Orientierungsstufe Niedersachsen Klassen 5 und 6] habe sich „sozial höchst selektiv“ ausgewirkt: „Sie hat die Guten nicht richtig gut gemacht - und die Schlechten nicht besser.“

Quelle: SPIEGEL Online, 26.06.2003, „Nun ist sie weg“

Die Klassenstufen 5 und 6 umfassen den Zeitraum des größten Lernfortschritts. In diesem Alter lassen sich auf gymnasialem Niveau mathematisches Denken, Musikalität, ästhetisches und naturwissenschaftliches Verständnis und das Erlernen von Fremdsprachen entscheidend fördern. Daher sind die Klassen 5 und 6 für die Ausbildung der Bildungsprofile von Gymnasien unentbehrlich. Gymnasien mit altsprachlichem, bilinguaem, mathematisch-naturwissenschaftlichem oder musischem Profil wird das Fundament entzogen, wenn mit diesen Schwerpunkten nicht bereits in der 5. Klasse begonnen werden kann.

Die Verlängerung der Grundschulzeit ist somit kontraproduktiv, ein Unterfangen, das weder der Forschungslage entspricht noch der schulpraktischen Erfahrung gerecht wird. Je mehr Gleichheit beabsichtigt wird, desto stärker treten die Unterschiede hervor. Hier schließen Politiker von Begabungsdifferenzierungen auf soziale Unterschiede, von Ungleichheit auf Benachteiligung und Ungerechtigkeit. In der Folge wird das Niveau gesenkt, die Begabten sind unterfordert und die weniger Talentierten werden nicht ausreichend gefördert.

Außer Ideologen und Populisten nützt dies niemandem, am wenigsten der heutigen Jugend. Nicht nivellierende Einheitsschulen, sondern ausreichend differenzierte Lernangebote und Schullaufbahnen werden den unterschiedlichen Lernbedürfnissen gerecht.

Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion gegen das 5. Grundschuljahr im Saarland

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 1. September 2010 die Entscheidung getroffen, dem 5. Grundschuljahr nicht zuzustimmen. Gründe waren u. a.:

„Die Ablehnung in den Dialogveranstaltungen und Anhörungen war aber so überwältigend einhellig, dass eine weitere Verunsicherung der Schüler und Eltern nicht mehr zumutbar gewesen wäre. Unter Abwägung aller organisatorischen, vor allem aber pädagogischen Argumente sind wir zu dem Schluss gekommen, dass bei der Einführung eines 5. Grundschuljahres im Ergebnis mehr Schaden angerichtet als Nutzen erzielt würde.

Die Expertise, die wir in zahlreichen Fachgesprächen, Anhörungen und Veranstaltungen herangezogen haben, hat unsere von Beginn an vorhandene Skepsis nicht nur bestärkt, sondern uns vollends überzeugt: Ein 5. Grundschuljahr bringt niemandem bessere Bildungschancen, birgt auf der anderen Seite aber enorme und teilweise nicht einmal abschätzbare Risiken und verursacht – materielle wie pädagogische – Kosten.

Hinzu kommt, dass – mit Ausnahme der kleinsten Landtagsfraktion – keine Institution, kein Verband, keine Organisation, angefangen bei den Schüler- und Elternvertretungen über Gewerkschaften und Lehrerverbände, Kammern und Unternehmensverbände die Pläne unterstützt.

Nicht zuletzt die umfassende Analyse, die wir ... mit dem Leiter der Hamburger Schulbehörde Peter Daschner – auch und gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Erkenntnisse mit den dort gescheiterten Plänen einer sechsjährigen Primarschule – vorgenommen haben, hat letzte Zweifel ausgeräumt: der nicht einmal ansatzweise belegbare Nutzen eines 5. Grundschuljahres stünde in keinsten Weise im Verhältnis zu den Kosten und Verwerfungen, also dem Schaden, der in jedem Fall entstünde.

Anstelle dieser offenkundig falschen Weichenstellung empfehlen wir der Landesregierung, die Kräfte auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung, den Ausbau hochwertiger ganztägiger Bildungsangebote und den Aufbau einer tatsächlich gleichwertigen zweiten allgemein bildenden Schule zu konzentrieren.“

Entwertung des Abiturs

Und ich warne noch sehr deutlich vor einer Entwertung des Abiturs.

Den höchstmöglichen Schulabschluss - die allgemeine Hochschulreife - mit immer niedrigeren Anforderungen erreichen zu wollen, kann nicht im Interesse der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern sein.

Vielen Universitäten reicht das Abitur alleine schon jetzt nicht mehr. Es gibt zusätzliche Hürden. Wo früher allein Abiturnote und Wartezeit entschieden, steht inzwischen vor knapp jedem zweiten Studiengang ein Auswahlverfahren. Universitäten und Fachhochschulen dürfen jetzt 60 Prozent ihrer Studenten selbst auswählen.

Mal sind es Aufnahmegespräche, mal Tests über Intelligenz und Allgemeinwissen, auch den 1997 abgeschafften Medizinertest gibt es an vielen Fakultäten wieder.

20 : 20 : 60 – so lautet die Formel für die Studienplatzvergabe über *hochschulstart.de* beispielsweise in den bundesweit zulassungsbeschränkten Fächern Medizin, Pharmazie, Tiermedizin und Zahnmedizin. 20 Prozent der Studienplätze gehen an die Abi-Besten, 20 Prozent werden nach Wartezeit vergeben und bei 60 Prozent ihrer Plätze können die Hochschulen die Abiturnote durch zusätzliche Auswahlkriterien ergänzen.

„Berliner Erklärung“ der BDK

Da Bildungspolitik eines der wenigen Felder ist, auf denen Landespolitik gestalten kann, hat eine überzogene Gestaltungswut die Bildungspolitik zum Spielball der Parteien gemacht.

Schulstrukturdebatten bestimmen zunehmend Wahlkämpfe in den Bundesländern. Die nach den Wahlen als Resultat von Koalitionsverhandlungen gefundenen Ergebnisse werden in der Öffentlichkeit oft als faule Kompromisse empfunden oder sind von der Mehrheit der Bevölkerung inhaltlich kaum nachvollziehbar.

Oftmals ist der kleinste gemeinsame Nenner der unterschiedlichen Entwürfe die Diskreditierung des Gymnasiums - der erfolgreichsten deutschen Schulform, die Vorbild für die schulpolitische Entwicklung in vielen anderen Staaten der Welt war und ist. Dabei ist die Argumentation eher von ideologisch geprägter Überzeugung als von Fakten bestimmt.

Ständig werden neue Schulformen kreiert, in die Kinder nach Abschluss der Grundschule gehen können. *In der Namensgebung sind die Länder höchst erfinderisch: Regionalschule, Erweiterte Realschule, Realschule plus, Mittelschule, Oberschule, Regelschule, Sekundarschule, Stadtteilschule, Werkrealschule, Gemeinschaftsschule - neben den Schulformen Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium.*

Die Schulformen haben nicht nur verschiedene Namen sondern sind auch in der inneren Struktur sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wie erklärt man das Eltern?

Nicht nur dieser Namenswirrwarr ist Ausdruck dessen, was Eltern an der Schulstruktur nervt. Jedes Bundesland „kocht sein eigenes bildungspolitisches Süppchen“, ohne sich dafür zu interessieren, was außerhalb seiner Landesgrenzen „gekocht“ wird.

Im föderalen Deutschland ist ein bildungspolitischer Flickenteppich entstanden ist, der Strukturen der Kleinstaaterei aufweist. Für Eltern mit ihren Schulkindern wird ein Umzug in ein anderes Bundesland zunehmend problematisch.

Schulstrukturänderungen im Vier- oder Fünfjahresrhythmus zermürben die besten Schulen, sind bildungspolitisch eine Katastrophe und nicht zu rechtfertigen.

Der Föderalismus in der Schulpolitik widerstrebt laut einer Umfrage einer Mehrheit der Deutschen. 75,5 Prozent fordern, dass der Bund mehr Verantwortung übernehmen muss. 72 Prozent plädieren außerdem für eine „grundsätzliche Reformierung des Schulsystems“.

Die BDK als Vertreterin von mehr als 2200 Gymnasien in Deutschland forderte in ihrer „**Berliner Erklärung**“ vom 10. November 2010 in Berlin aus Anlass ihres 40-jährigen Bestehens die Parteien und die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland auf - in kreativer Interpretation der im Grundgesetz verankerten Kulturhoheit der Länder - den Schulstrukturen in Deutschland endlich eine einheitliche Basis zu geben. Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) ist zur Erreichung dieses Ziels gefragt. **Es muss Schluss sein mit dem Schulchaos in Deutschland!**

Es ist bedauerlich, dass diese von der Mehrheit der Bevölkerung gesehene Notwendigkeit von den regierenden Koalitionen aller Bundesländer ignoriert und ihre Lösung nicht angepackt wird. Die Bundeskanzlerin hat die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen - wenn es nicht auf Länderebene zu einem gemeinsamen Handeln kommt, ist der Bund gefordert.

Wir brauchen den großen Schulkompromiss

Die BDK fordert: **Die Schullandschaft in Deutschland transparenter und einheitlicher zu gestalten und die Qualität und Vergleichbarkeit der Abschlüsse sicherzustellen, ist im Hinblick auf die demografische Entwicklung, die Bildungsgerechtigkeit und die Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland unabdingbar. In Deutschland muss dringend eine in den Grundstrukturen übereinstimmende und für alle Bürgerinnen und Bürger verständliche Schulstruktur geschaffen werden.** Ein Wechsel von einem Bundesland in ein anderes muss mit Blick auf die Schule für Eltern und ihre Kinder unproblematisch sein.

Viele Kompromisse liegen bei der Schulpolitik auf der Hand. Äußere Differenzierung - wie im mehrgliedrigen Schulsystem - dient der teilweisen Homogenisierung der Gruppen. Sie ist keineswegs nur ideologisch begründet und schon gar nicht in erster Linie ein Auswahlinstrument. Homogenere Gruppen erleichtern das Lernen. Jede Lehrkraft wird bestätigen, dass es schwierig ist, den besten und den schwächsten Schülern einer Lerngruppe immer gleichermaßen gerecht zu werden - Binnendifferenzierung als durchgängiges Unterrichtsprinzip ist von einer Lehrkraft nicht zu leisten.

Zwei Schulformen - Gymnasium und Oberschule

Eine wesentliche Säule einer solchen bundeseinheitlichen Struktur ist das achtjährige Gymnasium ab Jahrgangsstufe 5. Das Gymnasium führt auf der Grundlage schon heute bestehender bundesweit einheitlicher Bildungsstandards und Abiturprüfungsanforderungen zur Allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur. Es vermittelt eine vertiefte Bildung und sichert die allgemeine Studierfähigkeit für leistungsfähige und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler.

Als weitere Säule dieser Struktur ist in allen Bundesländern nach der Grundschule ein gleichwertiger, einheitlicher Bildungsweg zu schaffen, der differenzierte Schulabschlüsse bis hin zum Hochschulzugang nach neun Jahren ermöglicht.

Die BDK hält einen in allen Bundesländern identischen Namen für diese neue Schulform neben dem Gymnasium für geboten, damit diese zweite Säule neben dem Gymnasium als feste pädagogische Größe erkennbar ist. Die BDK schlägt den Namen **Oberschule** vor.

Zwischen Gymnasium und Oberschule muss es im Interesse der Schülerinnen und Schüler Übergangsmöglichkeiten in beiden Richtungen geben.

Eine Festschreibung dieser Schulformen in den Verfassungen der Bundesländer ist erstrebenswert, um beiden Schulformen Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sowie Kontinuität als Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Qualitätsentwicklung zu bieten.

Den Ländern bleibt genügend Freiraum

Innerhalb eines solchen Kompromisses sind immer noch viele offene Fragen zu klären, die im föderalen Wettbewerb von den Ländern selbst entschieden werden können. Dazu gehört zum Beispiel, mit welchen äußeren und/oder inneren Differenzierungen die weitere Säule neben dem Gymnasium arbeiten soll. Diese Fragen sind für den Erfolg der Schulen von viel größerer Bedeutung als Kräfte zehrende Strukturdebatten.

Die Frage, wie die Struktur dieser Säule aussehen soll, wird einer der Kernpunkte in der politischen Diskussion sein. Dies zeigt uns ein Blick nach Niedersachsen sehr deutlich. Im Schuljahr 2007/08 besuchten von den Schülern in Deutschland 18,8 % eine Hauptschule, 27 % eine Realschule und 8,7 % eine Gesamtschule. **Dem muss die Struktur der Oberschule Rechnung tragen.**

Hellwach bleiben muss das Gymnasium allerdings bei der Frage „Wie wirbt man für neue Schulformen?“. Besondere Vergünstigungen, Zuwendungen und Versprechungen gehen nicht ohne Einschränkungen an anderer Stelle - wenn man an den Grundsatz der Haushaltspolitiker denkt, dass die Kosten für den Bildungsbereich nicht weiter steigen dürfen.

Auf individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler statt auf Einheitsschule setzen die unionsgeführten Länder Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen in der Schulpolitik. Intention des Grundsatzpapiers „**12 Thesen zum differenzierten Schulsystem: anschlussfähig - individuell – zukunftsfähig**“ ist es, die Gemeinsamkeiten und Zielsetzungen der unionsgeführten Länder in der Bildungspolitik herauszuarbeiten und öffentlich darzustellen.

Ich frage: **Warum keine Gemeinsamkeiten und Zielsetzungen in ganz Deutschland?** Das schulpolitische Grundsatzpapier der drei Bundesländer spricht das aus, worauf es insbesondere ankommt: „**Verlässlichkeit und Berechenbarkeit statt Dauerbaustelle Schulreform.** Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sowie Kontinuität sind für alle Beteiligten von elementarer Bedeutung. Sie sind zentral für die Glaubwürdigkeit von Schulpolitik und für erfolgreiches Handeln vor Ort. Schüler und Lehrer - aber auch Eltern - dürfen nicht Opfer schulpolitischen Experimentierens und ideologischen Taktierens sein.“

Die klassische Hauptschule wird allerdings von Eltern nicht mehr akzeptiert, weil sie seit mehr als 25 Jahren politisch nicht mehr gewollt ist und nicht mehr unterstützt wird, und das macht es, verbunden mit der demografischen Entwicklung, immer schwieriger oder gar unmöglich, die Hauptschule zu erhalten. Die Entwicklung hin zu einem „Zwei-Säulen-Modell“ ist in vielen Bundesländern unverkennbar. In Sachsen besteht es seit 20 Jahren - höchst erfolgreich wie wir wissen. Für mich persönlich kann das sächsische Schulsystem durchaus Modell für ganz Deutschland sein.

Übrigens ist ein saarländischer Verwaltungsrichter in einem Gutachten zu folgendem Schluss gekommen:

„Es besteht ... eine Verpflichtung des Staates, ein ausreichend differenziertes Schulangebot zur Verfügung zu stellen. Das daraus resultierende Wahlrecht der Eltern zwischen den vom Staat zur Verfügung gestellten Schulformen darf nicht mehr als zulässig begrenzt werden. Die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen wird dann überschritten, wenn das Wahl- und Bestimmungsrecht der Eltern angesichts nur noch einer einzigen vorhandenen obligatorischen Schulform mit einem vom Staat einseitig festgelegten Bildungsziel obsolet wird und praktisch leerläuft.“

Von daher wäre der Versuch, die Gemeinschaftsschule als einzige Schulform (im Sinne einer Einheitsschule) etablieren zu wollen, von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Ganz bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis eines aktuellen - vom Philologenverband in Auftrag gegebenen - Rechtsgutachtens, wonach wesentliche Schulreformvorhaben der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verfassungswidrig sind.

Noch einmal: Warum ist das achtjährige Gymnasium ab Klasse 5 unverzichtbar?

Die BDK unterstreicht die unverzichtbare Rolle des Gymnasiums ab Klasse 5 im Bildungssystem der Bundesrepublik.

Als **wesentliche Säule** einer bundeseinheitlichen Struktur führt das achtjährige Gymnasium ab Klasse 5 auf der Grundlage schon heute bestehender bundesweit einheitlicher Bildungsstandards und Abiturprüfungsanforderungen zur Allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur. Es vermittelt in einem ganzheitlichen Bildungsgang ab Klasse 5 eine vertiefte Bildung und sichert die allgemeine Studierfähigkeit für leistungsfähige und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler.

In diesem Sinne ist das Gymnasium aufgrund seiner Öffnung für alle Schichten unserer Gesellschaft eine Schule für viele, aber keine Schule für alle.

Das Gymnasium sichert in herausragender Weise den Fortbestand von Spitzenleistungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Es schafft die schulischen Voraussetzungen für gut ausgebildete Leistungsträger in allen Bereichen und trägt dadurch wesentlich zur technisch-wissenschaftlichen Entwicklung und zum weiteren wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes bei.

Bildungsanstrengung und Bildungserfolg sind für die deutschen Unternehmen zum Standortfaktor geworden. Innerhalb Deutschlands streben Unternehmen zu erfolgreichen Bildungsorten und tätigen kapitalintensive Investitionen.

Wiederkehrende Zeitungsberichte über schulische Missstände sind eine Belastung für die Standortqualität, welche in den Unternehmen diskutiert wird.

Freie Elternwahl beim Übergang zum Gymnasium?

Nach dem Willen soll der Politik die Zahl der Abiturienten weiter wachsen. Ich persönlich kann den Ruf „Mehr Abiturienten, mehr Abiturienten!“ nicht mehr hören. Bei diesem Bestreben verkennt die Politik nämlich, dass zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Dienstleistungen nicht allein die Zahl der Abiturienten von Belang ist, sondern vielmehr die mit dem Abitur und ggf. die in einem Studium erworbenen Qualifikationen.

Die freie Wahl der Schulform, wie sie derzeit in einigen Bundesländern besteht, sollte Eltern also nicht dazu verleiten, für ihr Kind eine Schulform zu wählen, für die es nach Maßgabe seines Begabungspotenzials und seiner intellektuellen Entwicklung nicht geeignet ist. Die Schulwahl muss sich ausschließlich am Wohl des Kindes orientieren und nicht nach anderen Kriterien erfolgen. Es wäre daher auch im Interesse betroffener Kinder, wenn sichergestellt würde, dass der Elternwille dort seine **Einschränkung** erfährt, wo er mit dem Allgemeinwohl eines Kindes nicht mehr vereinbar ist. Ein Korrektiv muss den Gymnasien zur Verfügung stehen.

Demzufolge ergibt sich für das Gymnasium eine problematische Situation, über die sich alle an einer erfolgreichen Arbeit des Gymnasiums Interessierten im Klaren sein sollten:

1. Der unkontrollierte Andrang zum Gymnasium, so sehr er erwünscht sein mag, hat erhebliche Auswirkungen auf das Gymnasium selbst, aber auch auf die anderen Schulformen; denn er entwertet diese mitsamt ihren Schulabschlüssen. Hier bedarf es dringender Korrekturen.
2. Das Gymnasium muss seinen hohen Qualitätsstandard bewahren und darf nicht zu einer Schulform der Mittelmäßigkeit werden.
3. Es besteht die Gefahr, dass das Abitur seine Funktion als Zugangsberechtigung für ein Hochschulstudium verliert. Das Abitur muss aber aus bildungspolitischen wie aus sozialen Gründen auch weiterhin die generelle Zugangsberechtigung für alle Hochschulstudiengänge beinhalten.

Auf den Lehrer kommt es an!

Die Professionalität der Lehrkräfte ist der Dreh- und Angelpunkt, um die Qualität der Schulbildung unserer Kinder sicherzustellen. Gut ausgebildete und motivierte Lehrer sind entscheidend, sagen alle internationalen Studien.

Die BDK stellt fest, dass der Föderalismus im Bildungswesen in dramatischer Weise auch negative Auswirkungen bei der Lehrgewinnung und bei der Lehrerausbildung hat.

Erforderlich ist eine Qualitätsoffensive im Lehrerberuf um auch in Zukunft exzellent ausgebildete und hoch motivierte Gymnasiallehrer in ausreichender Anzahl zu gewinnen.

Die jüngsten Entscheidungen einiger Bundesländer zur Absenkung der Eingangsbesoldung sind somit kontraproduktiv, um die Besten für den Lehrerberuf zu gewinnen und für diese Bundesländer wird sich die Frage der Lehrgewinnung in dramatischer Weise stellen. Der Wettbewerb der Länder um die besten Lehrkräfte ist in vollem Gange.

Prof. Dr. Roland Wöller (CDU, Kultusminister Sachsen):

„Es geht nicht, nur die Bildungsrepublik auszurufen und dann nichts zu liefern. Meine Partei muss zu ihrer Verantwortung stehen. Ziel muss es sein, die Unterrichtsstrukturen und die Qualität von Unterricht zu verbessern. Statt ständiger Bildungsreformen braucht Schule Kontinuität.“

„Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis ist in der Praxis weit höher als in der Theorie.“
ERNST FERSTEL (österr. Lehrer und Dichter)

Ich wünsche dem achtjährigen Gymnasium ab Klasse 5 in ganz Deutschland eine gute Zukunft und Ihnen eine mutige und erfolgreiche Arbeit in Nordrhein-Westfalen - bleiben Sie wachsam und leisten Sie notwendigen Widerstand.

Dr. Rainer Stein-Bastuck
Bundesvorsitzender